



## Presseschau vom 01.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **Rainer Rupp: Kollektives Harakiri der Partei "Die Linke"**

Kaum zu glauben, aber die Führung der Partei "Die Linke" hat ganz offensichtlich beschlossen, die Partei abzuschaffen, meint Rainer Rupp. Er beklagt unter anderem, dass die Parteispitze sich inzwischen an Aufrufen zum Regime-Change in Russland beteiligt. ...

<https://kurz.rt.com/2waj> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Kritik an Lauterbach: Wirbt ohne Absprachen mit STIKO für vierte Corona-Impfung ab 60 Jahren**

Bei Beratungen mit seinen EU-Kollegen in Brüssel warb der deutsche Gesundheitsminister für eine vierte Impfung bei Bürgern ab dem 60. Lebensjahr. Die STIKO und Politiker in Deutschland reagieren irritiert, da dieser Vorschlag einen Alleingang ohne Rücksprachen darstellt. ...

<https://kurz.rt.com/2wb3> bzw. [hier](#)

### **abends/nachts:**

### **20:29 de.rt.com: Kreml: Wir sind besorgt, dass US-Behörden kein Verständnis davon haben, was in Moskau passiert**

Die Äußerungen der USA, dass der russische Präsident über die Lage in der Ukraine falsch informiert werde, sorgen im Kreml für Besorgnis. Solche Aussagen zeugten davon, dass die USA "den Entscheidungsmechanismus" in Russland nicht verstehen, sagte Sprecher Peskow am Donnerstag.

Laut Informationen der westlichen Geheimdienste werde Wladimir Putin von seinem Militär getäuscht. Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, hatte gemutmaßt, dass Wladimir Putin über die Ereignisse in der Ukraine unzureichend informiert werde. Dies könne zu falschen Entscheidungen bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine führen. Auch Jeremy Fleming, Chef der britischen Geheimdienstbehörde GCHQ, hatte dies behauptet. Ihm zufolge werde Putin von seinen Beratern falsch über das Kriegsgeschehen informiert. Die Kommunikationsdirektorin des Weißen Hauses, Kate Bedingfield, sagte am Mittwoch unter Berufung auf US-Geheimdienstdaten, dass das russische Militär Angst habe, Putin die Wahrheit zu sagen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte am Donnerstag zu Journalisten, dass solche Äußerungen Grund zur Sorge seien.

"Zu unserem Bedauern – und das bereitet uns sogar Sorgen – stellt sich heraus, dass weder das US-Außenministerium noch das Pentagon über tatsächliche Informationen darüber verfügen, was im Kreml vor sich geht. Sie verstehen einfach nicht, was im Kreml vor sich geht, sie verstehen Präsident Putin nicht, sie verstehen den Entscheidungsmechanismus nicht und sie verstehen den Stil unserer Arbeit nicht."

Solche Missverständnisse führen laut Peskow zu fehlerhaften und leichtsinnigen Entscheidungen, "die sehr schlimme Folgen haben".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6245af1cb480cc52423a3098.jpg>

### 21:47 de.rt.com: **IWF: Sanktionen schwächen Dollar – Gleichzeitig steigt der Rubel stark an**

Das von Washington angeführte massive Strafmaßnahmenpaket des Westens gegen die Russische Föderation scheint nach hinten loszugehen, da der Rubel weiter kräftig ansteigt. Die westeuropäischen Länder müssen sich nun entscheiden, ob sie den Rubel stützen oder zusehen, wie viele ihrer Industrien zusammenbrechen, wenn ihnen das russische Gas abgestellt wird.

Sanktionen gegen Russland könnten nach Ansicht von Gita Gopinath, der ersten stellvertretenden geschäftsführenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds, die globale Dominanz des US-Dollars untergraben. In einem Interview mit der Financial Times vom Mittwoch sagte Gopinath:

"Der Dollar würde auch in diesem Umfeld die wichtigste Weltwährung bleiben, aber eine Fragmentierung auf einer kleineren Ebene ist durchaus möglich."

Sie fügte hinzu, dass einige Länder bereits dabei seien, die Währung, in der sie für den Handel bezahlt werden, neu auszuhandeln. Russland und Indien bereiten derzeit einen Rupien-Rubel-Mechanismus vor, der es ihnen ermöglichen würde, in ihren Landeswährungen zu handeln und den Dollar zu umgehen.

Gopinath zufolge könnten die radikalen restriktiven Maßnahmen, die von den westlichen Ländern angesichts der russischen Militäroperation in der Ukraine eingeführt wurden, zur Entstehung kleiner Währungsblöcke führen, die auf dem Handel zwischen einzelnen Ländergruppen basieren. Außerdem würde die Verwendung anderer Währungen als des Dollars oder des Euros im globalen Handel zu einer weiteren Diversifizierung der von den nationalen Zentralbanken gehaltenen Währungsreserven führen.

Der Rubel hat den größten Teil seiner Verluste wieder wettgemacht und ist zur leistungsstärksten Währung der Welt geworden. Er gewinnt weiter an Wert und hat gegenüber dem US-Dollar seit seinem Tiefststand in der ersten Märzwoche um 60 Prozent zugelegt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels wird der Rubel mit 82 zu 1 gegenüber dem Dollar gehandelt. Dank der jüngsten Kurssteigerung liegt der Rubel nur noch etwa 10 Prozent unter dem Wert, den er vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine am 24. Februar hatte. Vor dem Einmarsch wurde der Rubel zu etwa 76 gehandelt.

Analysten zufolge war die Abwertung des Rubels nach der Sonderoperation bescheiden, wenn man die Strenge der europäischen und US-amerikanischen Sanktionen gegen Russland bedenkt. Im Rahmen der Sanktionen froren die Vereinigten Staaten und die Europäische Union fast die Hälfte der Devisenreserven der russischen Zentralbank in Höhe von 640 Milliarden Dollar ein, die in Banken außerhalb Russlands gehalten wurden.

Russischen Unternehmen und Einzelpersonen wurden Transaktionen in Dollar und Euro

untersagt, und fast 400 westliche Firmen haben ihre Tätigkeit in Russland eingestellt. Ein Großteil der russischen Banken wurde von der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) abgeschnitten, die Finanztransaktionen und Zahlungen zwischen Banken weltweit abwickelt. Diese Maßnahmen haben Russlands Finanz- und Handelstransaktionen mit westlichen Ländern beeinträchtigt.

Analysten sind jedoch der Ansicht, dass die Erholung des Rubels darauf hindeutet, dass die Auswirkungen der westlichen Wirtschaftssanktionen viel geringer sind als ursprünglich angenommen. Die Sanktionen und Beschränkungen hatten Insolvenzrisiken für die russische Wirtschaft geschaffen, was zu einem starken Kursverlust des Rubels führte.

Nun sieht es so aus, als ob die westeuropäischen Länder, insbesondere Deutschland, die in hohem Maße von russischen Rohstoffen abhängig sind, gezwungen sein werden, den Rubel zu verwenden, wenn sie weiterhin russische Rohstoffe kaufen wollen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat nun erklärt, dass Russland für russisches Gas nur noch Zahlungen in Rubel akzeptieren wird. Dies bringt die Westeuropäer in eine sehr schwierige Lage: Entweder sie müssen Rubel kaufen, um diese Rohstoffe zu erwerben und den Rubel effektiv zu stützen, oder sie verzichten auf russische Rohstoffe und fügen ihrer eigenen Wirtschaft schweren Schaden zu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/624592dfb480cc531637029c.jpg>

### 22:09 de.rt.com: **Verstümmelte Tote in einem Keller in Mariupol gefunden – Asow-Kämpfer mutmaßliche Täter**

Der freie US-Journalist Patrick Lancaster war einer der Ersten, die die vom ukrainischen Militär verlassene Schule Nr. 18 in Mariupol nach Ende der Kämpfe besichtigen konnten. Im Keller entdeckte er eine verstümmelte Frauenleiche mit Folterspuren.

Der Militärberichterstatler und ehemalige US-Marinesoldat Patrick Lancaster ist im Netz dafür bekannt, dass er sich in Kriegsgebieten an keine Sicherheitsvorschriften für professionelle Journalisten hält und mitten ins Kriegsgeschehen eintaucht. In seinen Reportagen muss er sich oft vor Kugeln ducken, und statt Hintergrundmusik ist der Lärm explodierender Geschosse zu hören. Viele seiner [Videos](#) aus den Kriegen im Donbass und in Bergkarabach wurden deshalb auf YouTube millionenfach geklickt.

Auch in diesen Tagen ist Lancaster an vorderster Front. Es war seine Kamera, die einen grausigen Fund im Keller einer verlassenen Schule in der umkämpften Stadt Mariupol als erste [gefilmt](#) hat. Aus seiner Reportage wird deutlich, dass die Schule von den Soldaten der ukrainischen Nationalgarde als Basis und Waffenlager benutzt wurde. Es wurde aus der Schule gefeuert. Der Reporter zeigt unter Gerümpel die Abzeichen der Nationalgarde, ukrainische Flaggen und ausgebrannte Waffen.

Dann kommt es zu einer grausamen Entdeckung im Schulkeller – einer mit Fenstervorhängen bedeckten Frauenleiche. Zu sehen ist nur der Bauch mit einem eingebrannten Hakenkreuz.

"Oh", sagt der Reporter und filmt aus der Nähe. Für einen Moment macht er das blutverschmierte Gesicht frei und macht einen Screenshot. Späteren Meldungen der russischen Presse zufolge waren der Frau beide Arme abgehackt.

Ein Kämpfer der Donezker Volksmiliz sagt, dass das Folteropfer aller Wahrscheinlichkeit nach eine zivile DVR-Sympathisantin war. "Hat das Asow getan?", fragt der Reporter. "Ich weiß es nicht. Bestimmt beim Abzug getan. Unsere Leute hätten keine Kreuze gekritzelt", sagt er und beklagt sich. "Es gibt niemanden, der sie abholen könnte. Wir können auch unsere Jungs manchmal nicht abholen", sagt er über die gefallenen Soldaten. Am Ende des Berichts erzählt der DVR-Soldat, dass er schon seit Jahren im Dienst ist und aus Donezk komme. Drei Monate nach seinem Austritt wurde er während der letzten Mobilisierung wieder zum Dienst eingezogen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6244a463b480cc295038cdf2.PNG>

Die erste Frage, die sich nach so einer grausamen Entdeckung stellt, ist, ob die ukrainischen Kämpfer zu solchen Gräueltaten eigentlich fähig seien? Durchaus. Es gibt zu viele [Schilderungen](#) von Überlebenden, die über Folter und sogar Tötungen in den illegalen Gefängnissen, über Verschwinden der Menschen erzählen. Auch Frauen blieben nicht verschont.

Die Nachricht über den grausigen Fund in der Schule Nr. 18 in Mariupol machte bald die Runde in russischen Medien und wurde auch vom russischen Verteidigungsministerium gemeldet. Am Montag lieferte RIA Nowosti weitere Details aus den Erzählungen der Donezker Volksmilizionären.

"Nur Unmenschen können das getan haben. Die ganze ‚tolerante Welt‘ möge nun denken, gegen wen wir hier kämpfen. Dies ist wahrscheinlich nicht das einzige Opfer. Hier und an anderen Orten, an denen Asow-Soldaten waren, wurden regelmäßig Mädchen vergewaltigt." Pillen, gebrauchte Spritzen, leere Ampullen und Kleidung mit Nazi-Symbolen lagen verstreut herum. Auch grüne Metallhelme, Militärschuhe und Essensreste.

"Offenbar hatten sie es eilig, wegzukommen", so der DVR-Kämpfer weiter. "In der Regel versuchen sie, die verstümmelten Körper ihrer Opfer nicht zurückzulassen. Schließlich ist dies ein direkter Beweis für ihre Kriegsverbrechen. Aber hier muss etwas schiefgelaufen sein".

Am Montag teilte das russische Ermittlungskomitee mit, dass es eine Untersuchung zur Aufklärung des Verbrechens eingeleitet hat. Dabei ließ die Behörde in ihrer Mitteilung keinen Zweifel daran, dass die Täter zum Kreis der Asow-Kämpfer gehören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6245eaabb480cc20b13cb710.PNG>

**22:10 de.rt.com: Ständiger Vertreter Russlands bei Genfer Abrüstungskonferenz: Deutschland setzte in der Ukraine eigenes biologisches Programm um**

Laut dem Ständigen Vertreter Russlands beim UN-Büro in Genf und bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Gennadi Gatilow, habe die Bundesrepublik ihr eigenes militärisch-biologisches Programm in der Ukraine durchgeführt. Man verfüge über Unterlagen, die diese Tatsache belegen würden, sagte der russische Diplomat bei der Plenarsitzung der Konferenz am Donnerstag.

Gatilow zufolge habe das Programm zum Ziel gehabt, das Potenzial tödlicher Krankheiten wie des Krim-Kongo-Fiebers in Osteuropa zu untersuchen. Das Projekt sei vom deutschen Außenministerium und der Bundeswehr finanziert worden, fügte der Botschafter hinzu.

Gatilow betonte:

"Das Vorgehen Deutschlands, das der breiten Öffentlichkeit bisher nicht bekannt war, stellt die gleiche Bedrohung dar wie die biologischen Experimente der USA und muss eingehend untersucht werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6246055948fbef2a1070ac98.jpg>

**22:50 de.rt.com: Ukrainischer Außenminister Kuleba: Einige westliche Staaten der**

### **antirussischen Sanktionen bereits überdrüssig**

Der Anti-Russland-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg sei man in einigen westlichen Ländern inzwischen überdrüssig, behauptete der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba im Interview mit dem polnischen TV-Sender TVN. Er sagte:

„Ich kann diese Müdigkeit erkennen, den Wunsch, weitere zusätzliche Sanktionen zu vermeiden, die die russische Wirtschaft wirklich treffen könnten.“

Eine Ausnahme bilde dabei jedoch Polen, das "an vorderster Front" stehe, wenn es darum gehe, den Druck auf Russland zu erhöhen, betonte Kuleba. Laut dem ukrainischen Chefdiplomaten sei Kiew nun darum bemüht, "diese Müdigkeit zu überwinden" und den betroffenen Staaten zu zeigen, dass die Ukrainer dankbar für alles seien, was im Bereich der Sanktionen getan wurde, dass aber "noch mehr getan werden" müsse.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/6246179fb480cc21bd761d29.jpg>

### **0:31 (23:31) ria.ru: Das serbische Parlament fordert militärische Neutralität in der Verfassung**

Die militärische Neutralität Serbiens sollte in die Verfassung des Landes aufgenommen werden, sagte Ivica Dacic, Sprecher der Versammlung (Parlament) Serbiens, gegenüber dem Radiosender Sputnik.

„Wir haben eine Entscheidung zur militärischen Neutralität getroffen, die auf vielen negativen Erfahrungen basiert, vor allem auf den Bombenanschlägen, genauer gesagt auf der NATO-Aggression (1999). Diese Entscheidung ändert sich nicht und meiner Meinung nach sollte sie in die serbische Verfassung aufgenommen werden. Ich persönlich denke, dass diejenigen, die unser Land bombardiert haben, Kriegsverbrecher sind, und eines Tages werden sie sich vor unserem, fremdem oder Gottes Gericht verantworten“, bemerkte Dacic und wiederholte, dass jemand für die serbischen Opfer zur Rechenschaft gezogen werden sollte, vor allem unter Zivilisten und Kindern.

Der Vorsitzende des serbischen Parlaments schlug auch vor, dass alle politischen Parteien des Landes ihre Position zu den Schlüsselfragen des Landes, der Haltung gegenüber der NATO, dem Kosovo, den Sanktionen gegen Russland und anderen Staaten klar zum Ausdruck bringen.

„Sie müssen Ihre Prioritäten setzen. Vorrang hat jedenfalls nicht die Verhängung von Sanktionen. Ich denke, dass sich unsere Staatsführung und das Außenministerium daran orientiert haben. Alles andere ist eine Frage der politischen Einschätzung dessen, was möglich ist und was nicht.“ Ich denke, dass diese Position bis zum Ende aufrechterhalten werden muss“, betonte Dacic.

Früher am Donnerstag sagte er, dass Serbien westliche Sanktionen gegen Russland nicht unterstützen sollte, da Moskau und seine Verbündeten Belgrad in der Frage des Kosovo und Metochiens im UN-Sicherheitsrat unterstützen.

In einer Ansprache an die Bürger am 2. März sagte Präsident Aleksandar Vucic, dass die serbischen Behörden 4 der 13 Punkte der UN-Resolution zur Verurteilung des russischen Vorgehens in der Ukraine unterstützen, die keine Sanktionen implizieren, und nicht Beabsichtigen, das Eigentum russischer Unternehmen im Land zu beschlagnahmen. Ihm zufolge habe die Krise aufgrund der Feindseligkeiten in der Ukraine dramatische Auswirkungen auf Serbien, das unter enormen außenpolitischen Druck gerate.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/137793/05/1377930589\\_0:105:2000:1230\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_59305327fe35c43636d130e926f22c51.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/137793/05/1377930589_0:105:2000:1230_1280x0_80_0_0_59305327fe35c43636d130e926f22c51.jpg)

### 1:18 (0:18) ria.ru: **Die georgische Präsidentin gibt die Unterstützung von Tiflis für Sanktionen gegen Russland bekannt**

Die georgische Präsidentin Salome Surabischwili sagte in einem Interview mit CNN, Tiflis unterstütze alle internationalen Finanzsanktionen gegen Russland, die nach Beginn der Militäroperation in der Ukraine verhängt wurden.

Der britische Journalist Christian Amanpour, der mit dem georgischen Staatsoberhaupt sprach, machte darauf aufmerksam, dass die Regierung des Landes und die Regierungspartei sich weigerten, restriktive Maßnahmen gegen Moskau zu unterstützen. Die Gesprächspartnerin stimmte dieser Aussage jedoch nicht zu.

„Zuallererst unterstützen wir alle internationalen Finanzsanktionen (gegen Russland. - Red.), und dies wirkt sich auf den Finanzsektor Georgiens aus. Gleichzeitig beteiligen wir uns an allen verabschiedeten Resolutionen zur Unterstützung der Ukraine“, betonte sie Surabischwili.

Zuvor hatte der georgische Ministerpräsident Irakli Garibaschwili seine Weigerung erklärt, sich an den Finanz- und Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Moskau zu beteiligen, da dies den nationalen Interessen von Tiflis nicht entgegenkomme.

Der georgische Premierminister erinnerte daran, dass das Land von 2013 bis 2021 landwirtschaftliche Produkte im Wert von 2 Milliarden US-Dollar an Russland geliefert habe. Die Exporte anderer Produkte beliefen sich auf drei Milliarden Dollar. In den letzten fünf Jahren haben mehr als fünf Millionen Russen Georgien besucht, wodurch das Land drei Milliarden Dollar durch den Tourismus verdient hat. Gleichzeitig leben, wie Garibaschwili feststellte, etwa eine Million Georgier in Russland. Die jährlichen Überweisungen belaufen sich auf 500 Millionen US-Dollar. ...



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/02/1a/1565239452\\_0:355:2909:1991\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_6a753df1cfb4d6839f6072846d263bef.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/02/1a/1565239452_0:355:2909:1991_1280x0_80_0_0_6a753df1cfb4d6839f6072846d263bef.jpg)

6:09 (5:09) ria.ru: **Russland wird die EU nicht bitten, die Sanktionen aufzuheben – Außenministerium**

Russland wrde die EU nicht bitten, die Sanktionen aufzuheben, das Land habe einen Sicherheitsspielraum, und die Europäische Union stehe nicht im Mittelpunkt, sagte Nikolai Kobrinets, Direktor der Abteilung für paneuropäische Zusammenarbeit im Außenministerium, in einem Interview mit RIA Novosti.

"Wir werden nicht als Petenten auftreten, wenn es um die Aufhebung von Sanktionen geht. Wir haben einen Sicherheitsspielraum. Und die Europäische Union ist nicht das Zentrum des Universums. Das Licht ist nicht wie ein Keil auf sie gerichtet", sagte der Diplomat.

Am 24. Februar startete Russland eine Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Als Reaktion darauf kündigten westliche Länder umfangreiche restriktive Maßnahmen gegen Moskau an, vor allem im Bankensektor und bei der Lieferung von Hightech-Produkten. Einzelne Marken haben angekündigt, den Betrieb im Land einzustellen.

Der Kreml nannte diese Entscheidungen einen beispiellosen Wirtschaftskrieg. Die Behörden betonten, dass sie sich jedoch auf eine solche Entwicklung der Ereignisse vorbereitet hätten, und versicherten, dass sie weiterhin ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen würden. Die Bank von Russland ergreift Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage auf dem Devisenmarkt. Die Behörden kündigten auch die Überweisung von Zahlungen für Gaslieferungen an unfreundliche Länder in Rubel an. Darüber hinaus hat die Regierung einen Plan zur Abwehr von Sanktionen vorbereitet, der etwa hundert Initiativen umfasst. Das Volumen seiner Finanzierung wird etwa eine Billion Rubel betragen.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/0a/1777448423\\_0:0:3112:1752\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_ea0ef3631618c8cd7c300f4b4f386c11.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/0a/1777448423_0:0:3112:1752_1280x0_80_0_0_ea0ef3631618c8cd7c300f4b4f386c11.jpg)

**vormittags:**

6:30 de.rt.com: **Chinesische Parteizeitung: "USA versuchen, die Welt mit ihrem Imperium der Lügen zu täuschen"**

Die Zeitung der Kommunistischen Partei Chinas kritisiert in einem umfangreichen Leitartikel die Aktivitäten der USA im Bereich der Medien. Die USA nutzten ein "Imperium der Lügen", um ihre Kriege und Interventionen zu rechtfertigen.

Die chinesische Volkszeitung hat einen Leitartikel veröffentlicht, in der sie den USA vorwirft, ein "Imperium der Lügen" aufbauen zu wollen. Die Volkszeitung ist das offizielle Organ der regierenden Kommunistischen Partei Chinas, daher gelten ihre Leitartikel als Widerspiegelung der offiziellen Position Pekings.

Die Zeitung verweist auf die US-amerikanischen Biolabore in der Ukraine und auf die Forschung an Coronaviren bei Fledermäusen, am Krim-Kongo-Hämorrhagische-Fieber-Virus sowie an Hantaviren, die laut Moskau in diesen Biolaboren betrieben wurde. Die Weltgesundheitsorganisation habe zuvor gemahnt, dass solche Hochrisiko-Erreger zerstört werden sollten.

Trotz verschiedener Beweise für die Existenz dieser Labore habe Washington immer wieder versucht, die Wahrheit zu vertuschen, und widersprüchliche Aussagen gemacht. So hatte etwa das US-Außenministerium die Existenz jeglicher Chemie- oder Biolabore in der Ukraine in einer Presseerklärung geleugnet, während es öffentlich zugänglichen Informationen des US-Verteidigungsministeriums zufolge 46 solcher Labore in der Ukraine gab. Auch andere Dokumente von US-Behörden zeugen von der Existenz dieser Biolabore. Die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland hatte sogar öffentlich die Gefährlichkeit dieser Labore zugegeben und in diesem Kontext davor gewarnt, dass Russland die Kontrolle über sie erlangen könnte. Das sei nur die Spitze des Eisberges eines von den USA erbauten "Imperiums der Lügen".

"Es gibt keine Lüge, die die Amerikaner nicht selbst erfinden könnten, um die Hegemonie der USA über die Welt zu sichern."

Die Welt werde nicht vergessen, wie der damalige US-Verteidigungsminister Colin Powell vor der Invasion des Irak im UN-Sicherheitsrat die Weltöffentlichkeit mit einem Fläschchen weißen Puders von der angeblichen Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen hatte überzeugen wollen. Auch erinnere man sich immer noch weltweit daran, dass die USA, Großbritannien und Frankreich wegen eines angeblichen Chemiewaffeneinsatzes der syrischen Regierung mit über 110 Tomahawk-Raketen Syrien angriffen.

"Die USA haben in den letzten 20 Jahren sowohl im Inland als auch im Ausland mit ihren Erfolgen bei der Intervention in Afghanistan geprahlt. Aber die ganze Welt hat gesehen, dass keines ihrer Ziele, etwa der Aufbau eines demokratischen Afghanistans, zu dem Zeitpunkt, als sie sich aus dem Land zurückzogen, verwirklicht worden war."

Stattdessen habe Washington ein von Krieg zertrümmertes Land mit 3,5 Millionen Flüchtlingen hinterlassen. Die USA führten in den letzten sieben Jahrzehnten mehr als 200 bewaffnete Konflikte, schreibt die Volkszeitung. Das vom Westen aufgebaute "Imperium der Lügen" habe geholfen, diese Kriege zu führen.

"Die reine Heuchelei und Doppelmoral des Westens wurde während der Ukraine-Krise deutlich."

Dabei verweist die Zeitung auf Titelbilder der US-amerikanischen Zeitschrift Time, die sich mit der Ukraine solidarisierte, aber im Jahr 1999 für kriegsrische Maßnahmen gegen Jugoslawien geworben hatte. "Ein massiver Bombenangriff öffnet die Tür zum Frieden", hatte Time damals geschrieben. Zudem bemerkt die Volkszeitung, dass die westliche Presse zur

Kritik an NATO-Einsätzen schweigt, etwa als serbische Fußballfans große Transparente in einem Stadion entfalteten, die die US-Interventionen in über 20 Länder und Regionen dokumentierten.

"Es stellt sich also die Frage: Sind die westlichen Medien unter dem Deckmantel der Pressefreiheit wirklich die Verteidiger der Gerechtigkeit oder nur die Sprachrohre der Geldpolitik?"

Die vom Westen angeblich gepflegten Werte wie die Meinungsfreiheit oder der Grundsatz, dass Kunst keine Grenzen kenne, gälten nicht mehr. Die Zeitung verweist auf den auf russische Künstler im Westen ausgeübten Druck, sich von der russischen Regierung zu distanzieren, sowie auf die antirussischen Sanktionen.

Unter Verweis auf die Definition des Amerikanischen Psychologischen Verbandes schreibt die Zeitung, dass eine "große Lüge" einen Propagandamechanismus bezeichnet, in dem eine falsche Tatsachenbehauptung riesiger Größenordnung immer wieder wiederholt wird, um die Öffentlichkeit zu überzeugen. Das helfe den Herrschenden, ihre Macht abzusichern.

Die USA seien eben systematisch ein "Imperium der Lügen", das von seinen gehorsamen Satellitenstaaten unterstützt wird. Es sei "höchste Zeit", dass die von den US-amerikanischen Lügen Betrogenen den USA eine Frage stellen: "Lebe ich in der Truman-Show?"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6245beeb48fbef2925501b09.jpg>

8:07 (7:07) ria.ru: **Medwedew: Russland wird Lebensmittel nur an befreundete Länder liefern**

Russland wird nur befreundete Länder mit Lebensmitteln beliefern, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, auf seinem Telegram-Kanal.

In dem Beitrag listete er die Prinzipien auf, auf denen das Land Ernährungssicherheit aufbaut. Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates betonte, dass der heimische Markt weiterhin Priorität habe und der Staat weiterhin die Preise kontrollieren und den Landwirten systematisch helfen werde.

In Bezug auf Lieferungen ins Ausland erklärte Medwedew die Bereitschaft, mit nationalen Währungen zu handeln.

"Wir werden Lebensmittel und Ernten nur an unsere Freunde liefern (zum Glück haben wir viele davon, und sie sind meist nicht in Europa und nicht in Nordamerika). Wir werden sowohl für Rubel als auch für ihre Landeswährung in vereinbarten Anteilen verkaufen", heißt es.

Er erinnerte daran, dass das Volumen der Exporte von landwirtschaftlichen Produkten die Waffenexporte übersteigt und im vergangenen Jahr mehr als 37 Milliarden Dollar betrug. Russland werde keine Lebensmittel mit unfreundlichen Ländern handeln, und die Liste der für den Import verbotenen Produkte, die 2014 genehmigt wurde, könnte erweitert werden, schloss Medwedew.

Anfang März genehmigte die Regierung als Reaktion auf neue westliche Sanktionen eine Liste von 48 Ländern und Gebieten, die unfreundliche Handlungen gegen Russland begehen. Dem Dokument zufolge können der Staat, russische Bürger und Unternehmen, die Fremdwährungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern aus dieser Liste haben, diese in Rubel bezahlen. Darüber hinaus müssen alle Transaktionen russischer Firmen mit Bürgern und Unternehmen aus den in der Liste aufgeführten Staaten von der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt werden.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/03/0b/1600819556\\_0:279:3069:2005\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_f17b17ad7c94fce7d98e6a2aa8ef2329.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/03/0b/1600819556_0:279:3069:2005_1280x0_80_0_0_f17b17ad7c94fce7d98e6a2aa8ef2329.jpg)

#### 9:02 (8:02) ria.ru: **Das Außenministerium erklärte die Unmöglichkeit eines politischen Dialogs mit der Nato**

Ein politischer Dialog mit der NATO ist unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich, es hat keinen Sinn, auch nur über die Bedingungen für die Wiederaufnahme von Kontakten zu sprechen, sagte Nikolai Kobrinez, Direktor der Abteilung für paneuropäische Zusammenarbeit im russischen Außenministerium, in einem Interview mit RIA Novosti .

„Der politische Dialog mit der NATO ist unter den heutigen Bedingungen unmöglich. All die praktische Zusammenarbeit, die im Laufe der Jahre aufgebaut wurde, hat das Bündnis seit längerer Zeit zerstört“, sagte Kobrinez und erinnerte an die Ausweisung russischer Diplomaten aus Brüssel in den letzten Jahren.

Der Diplomat verwies auch auf die Stärkung des Bündnisses an seiner Ostflanke und die Waffenlieferungen der Nato-Mitgliedsstaaten an die Ukraine.

"Vor diesem Hintergrund kann man gewisse Bedingungen für die Wiederaufnahme von Kontakten mit der Nato nicht einmal theoretisch diskutieren", betonte er. ...



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/02/1776096240\\_0:239:3072:1967\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_463bfaefd2b4b88f2cf03379d1c39597.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/02/1776096240_0:239:3072:1967_1280x0_80_0_0_463bfaefd2b4b88f2cf03379d1c39597.jpg)

### 8:20 de.rt.com: **Moskau beschuldigt hochrangige ukrainische Militärs des Völkermords im Donbass**

Russische Ermittler haben gegen 22 Verdächtige, darunter den ehemaligen ukrainischen Verteidigungsminister Waleri Geletei und den ukrainischen Generalstabschef Wiktor Muschenko, Anklage wegen Völkermordes an der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass erhoben. Das teilte der Pressedienst des Ermittlungskomitees der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit.

Während der Untersuchung analysierten die Beamten eine große Menge an Dokumenten und weiteren Daten. Der Untersuchungsausschuss erklärte:

"Die darin enthaltenen Informationen ermöglichten es, die Anklage gegen einzelne Angeklagte aus dem Kreis hochrangiger ukrainischer Soldaten, die an der Ermordung von Zivilisten im Donbass beteiligt waren, zu erweitern. So wurden beispielsweise 22 Personen aufgrund dieser Beweise des Völkermordes an der russischsprachigen Zivilbevölkerung angeklagt."

Die Agentur fügte hinzu, dass der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Alexandr Bastrykin, eine operative Sitzung in Rostow abhielt, um die Untersuchung der von ukrainischen Nationalisten in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk begangenen Verbrechen zu besprechen.

Nach Angaben der Agentur wurden 590 Klagefälle zu den Ereignissen in der Ukraine eröffnet. Während des gesamten Ermittlungszeitraums wurden mehr als 169.000 Personen befragt. Mehr als 42.000 Opfer sind gemeldet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624684cf48fbef57581833f2.jpg>

### 8:21 de.rt.com: **Brand in russischem Öllager nahe ukrainischer Grenze – Luftangriff durch ukrainische Hubschrauber**

Am Freitagmorgen brach in einem Öllager in der russischen Stadt Belgorod ein Großbrand aus. Nur zwei Tage zuvor erschütterten mehrere Explosionen in einem Munitionsdepot die gleichnamige Region. Belgorod liegt an der Grenze zur Ukraine.

In der russischen Stadt Belgorod ist ein Öllager in Brand geraten. Laut Wjatscheslaw Gladkow, dem Gouverneur der gleichnamigen Region, wurde das Feuer durch einen Luftangriff von zwei ukrainischen Hubschraubern verursacht. In einer Erklärung auf Telegram [teilte](#) er mit:

"Der Brand des Öldepots wurde durch einen Luftangriff von zwei Hubschraubern der ukrainischen Streitkräfte verursacht, die in geringer Höhe in russisches Gebiet eingedrungen sind."

Der Vorfall ereignete sich in der Verwaltungshauptstadt der Region Belgorod, die etwa 35 Kilometer nordöstlich der Grenze zu Ukraine liegt. [Fotos und Videos](#) des Brandes machten gegen 6 Uhr Ortszeit im Internet die Runde.

Zwei Mitarbeiter der Anlage wurden nicht lebensbedrohlich verletzt, wie der Regionalchef mitteilte. Er fügte hinzu, dass die Rettungsdienste vor Ort im Einsatz seien. Gladkow kündigte an, dass die Bewohner von drei nahegelegenen Straßen evakuiert wurden, während Feuerwehrleute den Brand bekämpften.

Anfang dieser Woche erschütterten mehrere Explosionen ein Munitionsdepot im nahe gelegenen Dorf Krasny Oktjabr. Berichten zufolge wurden vier russische Soldaten verletzt, Opfer unter Zivilisten gab es keine.

Während ukrainische Medien behaupteten, das Lager sei von einer Rakete getroffen worden, wiesen die russischen Behörden diese Behauptungen zurück und machten für den Vorfall am Dienstagabend menschliches Versagen verantwortlich. Die genaue Ursache für die Explosionen bleibt jedoch unbekannt.

Die Serie von Zwischenfällen in der westlichen Grenzregion fällt in eine Zeit, in der Russland seine Militäroperation in der Ukraine fortsetzt. Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/m9\\_VSqrRq9248KEreEGPXEG4DeApneVFjtfE37796\\_3SgrlQV\\_v0182kLTj6DlqS7PdZ2ak200VCQdFiENG6H3uHfpT37meFPYu-78scRE1ErlTQ6iYzmJK57asyoOqy84jM7XiAh3ThZNjWAbNWU7Sp3d0txxjG19kVktDkzE0LXyZZV3OwYN2ouukfs\\_e\\_1YXUVUPjapETxM78XEjhAPIf-YW5u8npeybD\\_chS5OXdUnTebIIA6x2JmgntuyiyRkKokZkUJANTz34kLrF3rt2BWkdJffRg2uPuPau0T41Xca43TjQnh22IWW7PSQlZZVkmK\\_GCetFq4HvZuSj8g.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/m9_VSqrRq9248KEreEGPXEG4DeApneVFjtfE37796_3SgrlQV_v0182kLTj6DlqS7PdZ2ak200VCQdFiENG6H3uHfpT37meFPYu-78scRE1ErlTQ6iYzmJK57asyoOqy84jM7XiAh3ThZNjWAbNWU7Sp3d0txxjG19kVktDkzE0LXyZZV3OwYN2ouukfs_e_1YXUVUPjapETxM78XEjhAPIf-YW5u8npeybD_chS5OXdUnTebIIA6x2JmgntuyiyRkKokZkUJANTz34kLrF3rt2BWkdJffRg2uPuPau0T41Xca43TjQnh22IWW7PSQlZZVkmK_GCetFq4HvZuSj8g.jpg)

### 8:54 de.rt.com: **Medienbericht: Großbritannien rät Ukraine von Einigung mit Russland ab**

Die Zeitung Times berichtet, London habe der Kiewer Führung von Vereinbarungen mit Moskau abgeraten und auf einer Fortsetzung der Militäraktionen in der Ukraine bestanden. London sei besorgt, Washington, Paris und Berlin könnten Zugeständnisse an Russland machen.

Großbritannien vertritt bei den russisch-ukrainischen Gesprächen eine härtere Haltung als die USA, Frankreich und Deutschland. London empfiehlt Kiew, kein Abkommen mit Russland zu schließen. Dies berichtete die Times am Freitag unter Berufung auf Quellen in der britischen Regierung.

Demnach sei London besorgt darüber, dass Washington, Paris und Berlin bereit seien, die Ukraine zu erheblichen Zugeständnissen an den Kreml zu drängen. Die britische Regierung unterstütze nicht die Bestrebungen ihrer Verbündeten nach einem kurzfristigen Abkommen zwischen Russland und der Ukraine. London sei der Ansicht, dass ein Abkommen erst dann unterzeichnet werden sollte, wenn die Ukraine "in der stärkstmöglichen Position ist".

Der britische Premierminister Boris Johnson spreche sich für eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland aus, bis "die russischen Truppen die Ukraine einschließlich der

Krim verlassen".

Delegationen aus Moskau und Kiew hatten am Dienstag in Istanbul persönliche Gespräche geführt. Im Anschluss an das Treffen erklärte Wladimir Medinski, der Leiter der russischen Delegation, dass Russland von der Ukraine schriftliche Vorschläge für einen Vertrag zwischen den beiden Seiten erhalten habe. Er fügte hinzu, dass Russland nach Prüfung dieser Initiativen Gegenvorschläge unterbreiten werde.

Außerdem, so der russische Politiker, mache Moskau "zwei Schritte auf Kiew zu" und schlage vor, ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij früher als geplant abzuhalten – zeitgleich mit der Paraphierung des Friedensabkommens auf Ebene der Außenministerien. Außerdem werde das russische Militär seine Aktivitäten bei Kiew und Tschernigow reduzieren.

#### 9:00 de.rt.com: **Russland führt Übungen auf Kurilen durch**

Am Freitag hat das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass mehr als 1.000 Soldaten des Armeekorps des östlichen Militärbezirks an dem Manöver mit Artilleriegeschützen und Panzerabwehrraketensystemen auf den Kurilen teilnehmen: "Insgesamt sind mehr als 1.000 Soldaten des Armeekorps des östlichen Militärbezirks und etwa 200 Einheiten von Militär- und Spezialausrüstung an den Kampfübungen auf den Kurilen beteiligt."

Japan beansprucht die vier südlichen Inseln der Kurilen unter Berufung auf den Handels- und Grenzvertrag von 1855. Moskau vertritt den Standpunkt, dass die südlichen Kurilen infolge des Zweiten Weltkriegs Teil der UdSSR wurden und die russische Souveränität über sie, die eine internationale Rechtsgrundlage hat, außer Frage steht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624697bab480cc03104f79b9.jpg>

#### 10:05 (9:05) ria.ru: **Roskosmos wartet nicht länger auf Antworten zur Fortsetzung der Zusammenarbeit auf der ISS**

Am 2. April wird der Generaldirektor von Roskosmos, Dmitri Rogosin, die Position des Staatsunternehmens zur weiteren Zusammenarbeit auf der Internationalen Raumstation bekannt geben, sagte Dmitri Strugowez, Leiter des Pressedienstes von Roskosmos, am Freitag.

Zuvor hatte Roskosmos schriftliche Forderungen zur Aufhebung illegaler Sanktionen an die NASA, und die europäischen Weltraumagenturen gestellt. Die Antwortfrist endete laut Rogosin am 31. März, danach musste Roskosmos entscheiden, wie es mit Partnern interagieren soll.

„Dmitri Rogosin, Generaldirektor des Staatsunternehmens Roskosmos, wird am 2. April (Samstag) eine offizielle Erklärung zur russischen Position zur Fortsetzung der

Zusammenarbeit mit dem Ausland im Rahmen des ISS-Projekts abgeben“, schrieb Strugovez in seinem Telegram-Kanal.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0c/0a/1763131800\\_0:0:1208:680\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_aee\\_f8e2382d4795e333712bfe233ff91.png](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0c/0a/1763131800_0:0:1208:680_1280x0_80_0_0_aee_f8e2382d4795e333712bfe233ff91.png)

9:20 de.ert.com: **G20-Gipfel in Indonesien: Kanada lehnt Russlands Teilnahme ab**  
Kanada will den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen des Ukraine-Kriegs vom diesjährigen G20-Gipfel ausschließen. Am Donnerstag sagte der kanadische Premierminister Justin Trudeau, er sei sich mit dem diesjährigen Gipfel-Gastgeber, Indonesiens Präsident Joko Widodo, einig, dass eine Gipfel-Teilnahme von Putin "außergewöhnlich schwierig für uns und unproduktiv für die G20" sei. Bei dem Gipfeltreffen gehe es darum, "wie wir wirtschaftliches Wachstum in aller Welt bewirken und fördern", erklärte Trudeau. Russland sieht er hingegen nicht als "konstruktiven Partner" an.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 1.4.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 165 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 122mm-Rohrartillerie abgefeuert.** Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden **22 Zivilisten verletzt**. 4 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 67 ukrainische Nationalisten, 12 Feuerpositionen, 2 Hubschrauber, einen Panzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“ und ein Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

**6 Soldaten der 56. Panzergrenadierbrigade, 5 Soldaten der 25. Luftlandebrigade und 4 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich empfehle allen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu

Ihren Familien zurückkehren können.

10:20 de.rt.com: **Neben Kurilen findet Manöver der russischen Streitkräfte auch im Gebiet Swerdlowsk statt**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen auch im Gebiet Swerdlowsk Übungen der strategischen Raketentruppen begonnen haben. Im Bericht des russischen Militärs heißt es:

"Im Rahmen einer umfassenden Kontrolle des Orenburger Raketenverbands im Gebiet Swerdlowsk hat eine Stabsrahmenübung mit dem Raketenverband Tagil, der mit der mobilen ballistischen Interkontinentalrakete Jars ausgerüstet ist, begonnen. Insgesamt sind mehr als 2.000 Soldaten und rund 200 Fahrzeuge an der Übung beteiligt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246a6cc48fbef629a28c43e.jpg>

10:40 de.rt.com: **BASF-Chef fürchtet Zerstörung der "gesamten Volkswirtschaft"**

Die deutsche Chemieindustrie hat vor einem europäischen Energieimport-Boycott gegen russisches Öl und Gas gewarnt. "Das könnte die deutsche Volkswirtschaft in ihre schwerste Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs bringen", mahnte der Vorstandsvorsitzende der BASF SE, Martin Brudermüller, am Sonntag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Importstopps oder längerfristige Ausfälle russischer Gas- und Öllieferungen seien nach Angaben des BASF-Chefs, insbesondere für viele kleine und mittelständische Unternehmen, existenzbedrohend:

"Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören? Das, was wir über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben? Ich glaube, ein solches Experiment wäre unverantwortlich."

Die Menschen in Deutschland würden die Risiken eines solchen Boykotts völlig unterschätzen, so Brudermüller weiter. Energieimporte aus anderen Regionen seien "nicht auf Knopfdruck" zu erhöhen. Aus diesem Grund könne man die Folgen eines Gasmangels auch nicht über Subventionen oder Finanzhilfen abfangen, sagte Brudermüller dem Nachrichtenmagazin Focus. "Die Dimensionen, über die wir hier reden, sind noch viel größer als bei Ausbruch der Corona-Pandemie."

Auch die BASF wäre von einem Energie-Embargo gegen Russland betroffen. "Ab einem gewissen Punkt" könne der Chemiegigant einen Standort wie Ludwigshafen nicht mehr betreiben: "Wir stellen Produkte her, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen", erinnerte Brudermüller:

"Da hängt am Ende die Versorgung mit täglichen Gütern von Lebensmitteln bis hin zu Medikamenten dran."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6246a8b248fbef603545b95a.jpg>

### **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 01.04.2022**

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 50 Mann;
- 3 Panzer;
- 7 Schützenpanzerwagen;
- 2 Fahrzeuge.

Außerdem hat unsere Aufklärung die Bewegung einer Kolonne Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte mit 70 Stück Technik bestehend aus Panzer, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen und Fahrzeugen aus Serwersk in Richtung Lissitschansk und Sewerodonezk bemerkt.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 68 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Artillerie des Kalibers 122mm und Mörsern des Kalibers 120mm auf das Territorium der Republik **abgefeuert**.

Dadurch gab es folgende Schäden:

- in Golubowskoje wurden 6 Wohnhäuser beschädigt;
- in Solotoje-5 wurden 3 Wohnhäuser beschädigt;
- in Donezkij wurden 5 Wohnhäuser beschädigt.

Die Volksmiliz der LVR hat gemeinsam mit der Freiwilligenorganisation „Nahrung des Lebens Donbass“ warme Mahlzeiten und humanitäre Hilfe für die Einwohner nach Krymskoje und Trechisbjonka gebracht.

### **10:45 de.rt.com: Russische Kriegsveteranen: Deutsche Waffenlieferungen an Ukraine machen Sieg über Nazis zunichte**

Nach der ersten Meldung über deutsche Waffenlieferungen in die Ukraine haben russische Kriegsveteranen einen zornigen Appell an die Bundesregierung gerichtet. Sie werfen Deutschland Unverschämtheit und Unterstützung des Faschismus vor. Nun ist dieser Appell in

deutscher Sprache erschienen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kündigte am 27. Februar im Bundestag nicht nur die finanziell umfangreichste Aufrüstung in der Geschichte der Bundesrepublik an, sondern bekräftigte auch den am Vortag verkündeten Beschluss seiner Regierung, Kriegswaffen an die Ukraine zu liefern. In einer Ansprache am Tag des Beginns der russischen Militäroperation in der Ukraine am 24. Februar sagte er, dass Moskau einen hohen Preis zahlen werde. Die bundesdeutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat ihre Zuversicht geäußert, dass Sanktionen Russland ruinieren werden.

Schwer beeindruckt von dieser Rhetorik – und vor allem angesichts der Verkündung Deutschlands, in die Ukraine Waffen liefern zu wollen – hat eine Gruppe von russischen Veteranen und Kindern des Großen Vaterländischen Krieges einen offenen Brief an die Bundesregierung und das deutsche Volk insgesamt geschrieben. Der Text wurde zunächst nur auf der Website des in Moskau ansässigen "Spirituellen Zentrums St. Johannes von Kronstadt" der Russisch-Orthodoxen Kirche unter der Überschrift "Die Tragödie in der Ukraine" [veröffentlicht](#).

Am 6. März verlinkte der Russische Veteranenverband diesen Brief auf seiner Website und erklärte dazu, er unterschreibe "jedes Wort des Aufrufs". In dessen Vorspann heißt es: "Heute, da die deutsche Regierung beschlossen hat, tödliche Waffen an die Ukraine zu liefern, hat sich die Welt verändert – die Umrisse eines neuen Weltkrieges sind mehr als deutlich sichtbar. Und wieder einmal ist es Deutschland! Aber es gibt ehrliche Menschen in Deutschland, Antifaschisten, und wir hoffen, dass diese Botschaft bei ihnen ankommt."

Nun ist der vollständige Text des Briefes auf der Website der Zeitung "Junge Welt" in deutscher Übersetzung [erschienen](#).

Der Brief beginnt mit der Feststellung, dass die russischen Überlebenden des deutschen Vernichtungskrieges den Deutschen selbst die barbarische Ausrottung ihrer Angehörigen verziehen haben – "den Gesetzen des menschlichen Zusammenlebens entsprechend". So aber sei es bis 2014 gewesen. Warum gerade dieses Jahr eine Zeitenwende sein sollte, erklärten sie im Text dann ausführlich. Im Jahre 2014 habe es in der Ukraine einen neonazistischen Staatsstreich gegeben, den Deutschland nicht nur nicht verhindert, sondern auch noch unterstützt hätte.

Die Verfasser gehen bis in die Geschichte der umfassenderen westlichen Unterstützung der ukrainischen Bandera-Anhänger und sonstiger Nazi-Kollaborateure zurück und betonen, dass die Brutstätte dieses "menschlichen Abschaums" das nazistische Deutschland war.

"Wir hofften, dass sich die Deutschen – von einem elementaren Gewissen geleitet – nicht an dem offen faschistischen Staatsstreich in der Ukraine beteiligen würden. Schließlich wurde die auf ihn folgende Katastrophe der heutigen Ukraine von den direkten Nachkommen derjenigen herbeigeführt, die in der deutschen Armee ein besonderes Gesindel waren."

Aber "Ihr" Steinmeier habe sich entgegen all seinen Reden hinterhältig am Kiewer Putsch von 2014 beteiligt, "einem dem Wesen nach faschistischen Putsch". Deutschland habe es also wieder auf die slawische Welt und erneut gegen Russland abgesehen. Dies sei noch heimtückischer, denn aufgehetzt gegen die Russen werden deren engste Brüder, die Ukrainer. Das macht die Verfasser fassungslos über die Deutschen:

"Uns Veteranen dieses Krieges, seine Kinder, wühlt die Rolle der Deutschen auf. Denn Sie sind es, die genau wissen, aus wem die ukrainischen 'Nazibataillone' bestehen, und wer diesen neuen Faschismus hätte verhindern und stoppen können. Aber das haben Sie nicht getan! Allein deswegen sind Sie erneut vor der Geschichte verantwortlich. Sie sind eindeutig an der Vorbereitung der Ukraine auf einen Krieg mit Russland beteiligt."

Dann kommen die Verfasser auf den Donbass-Krieg zu sprechen. Es sei vom Bundeskanzler Scholz verbrecherisch, den Völkermord dort an Russen öffentlich zu verhöhnen. Dies sei ein neuer "Drang nach Osten". Das Blutvergießen im Donbass könne der Auftakt zum Dritten Weltkrieg bedeuten. Und wieder sei Deutschland mit von der Partie. Die Veteranen gehen

auch auf die Drohungen gegenüber Russland ein. An dieser Stelle wird der Ton besonders emotional:

"Von der hohen deutschen Tribüne in Berlin hören wir heute: 'Russland wird einen hohen Preis zahlen!!!' Eine Rede des Kanzlers von Deutschland! Udenkbar! Wir haben den Preis bereits bezahlt: 27 Millionen unserer Menschenleben. Genügt Ihnen das nicht?! Über welchen Preis reden Sie noch? Es gibt kein Haus in Russland, der Ukraine und Belarus, in dem 'dieser Preis' nicht gezahlt worden wäre. Und es gibt kein Haus in Deutschland, das nicht an dieser furchtbaren blutigen Barbarei teilgenommen hat! Schrecklich! Bestialisch!"

Am Ende des Briefes erinnern die Verfasser an die Nürnberger Prozesse. Sie seien fest davon überzeugt, dass die deutschen Waffen in den Händen von heutigen, jungen ukrainischen Nazis diesen Entnazifizierungsprozess zunichte gemacht haben. Die russische Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine erwähnen sie indirekt und ordnen sie als gerechten Kampf ein:

"Und wir, die letzten Veteranen dieses schrecklichen Krieges, verlassen diese Welt als Zeugen. Als Zeugen der Anklage! Und heute wird der Sieg unser sein, aber diejenigen, die gestern gestorben sind, oder diejenigen von uns, die heute sterben, legen Zeugnis von der Rolle des deutschen Volkes in der Menschheitsgeschichte der Welt ab – der blutigen Geschichte."

Wie eingangs erwähnt, wurde der Brief in solch emotional ungewöhnlich hoher Tonlage zuerst auf einer kirchlichen Internetseite veröffentlicht. Der Text erschien auch als Podcast. Der Podcast-Sprecher leitete ihn mit folgender Bemerkung ein:

"Unter diesem Brief würden zweifellos all jene unterschreiben, die diesen schrecklichen Krieg erlebt haben. Er enthält keine Bitten. Das ist Schmerz, Schmerz von Menschen, die diese Welt verlassen, die Enttäuschung mit sich nehmen werden, neuen Schmerz, neue Sorgen und Entrüstung. Es ist kein Hass. Die Russen sind nicht zum Hass fähig. Aber es ist Wut, gerechter Zorn, der Jahrzehnte nach dem Krieg wieder in ihre Herzen einzieht. Denn es ist unmöglich nicht wütend zu sein, wenn man sieht, wie alles, was heute noch für jeden russischen Menschen teuer ist, zertrampelt wird – der Sieg über Nazis, der Sieg über den Weltfaschismus, der wieder zurückgekehrt ist."

Die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock dagegen hat vor der UN-Vollversammlung am 1. März die Waffenlieferung an die Ukraine allerdings ausgerechnet mit einer angeblichen historischen Verantwortung Deutschlands begründet, als sie sagte:

"Wir haben beschlossen, die Ukraine militärisch zu unterstützen, um sich gegen den Aggressor zu verteidigen, im Einklang mit Artikel 51 unserer Charta. Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung zutiefst bewusst. Deshalb sind und bleiben wir der Diplomatie und der Suche nach friedlichen Lösungen verpflichtet. Aber wenn unsere Friedensordnung angegriffen wird, müssen wir uns dieser neuen Realität stellen. Wir müssen verantwortungsbewusst handeln."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/6245ce7648fbef2981334dde.jpg>

12:11 (11:11) ria.ru: **12 russische Transportflugzeuge "Ruslan" in der Ukraine beschlagnahmt**

Zwölf Transportflugzeuge "Ruslan" russischer Fluggesellschaften seien in der Ukraine auf Antrag des ukrainischen Staatsunternehmens "Antonow" beschlagnahmt worden, berichtete die Anwaltskanzlei Iljaschew & Partner.

„Nach Aussage der Firma Antonow wurden 12 Transportflugzeuge An-124-100 Ruslan der russischen Fluggesellschaft beschlagnahmt. Iljaschew & Partner vertritt in diesem Fall die Interessen des strategischen Staatsunternehmens der Ukraine“, so die Anwaltskanzlei in einem Facebook-Post. ...



[https://cdn21.img.ria.ru/images/103053/34/1030533439\\_0:176:3015:1872\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_570b3804eb9f58b015af154879013481.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/103053/34/1030533439_0:176:3015:1872_1280x0_80_0_0_570b3804eb9f58b015af154879013481.jpg)

11:22 de.rt.com: **Internationale Atomenergiebehörde: Russische Truppen verlassen Tschernobyl**

Die Ukraine hat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) mitgeteilt, dass sie die Kontrolle über das Kernkraftwerk Tschernobyl zurückerlangt hat, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite der Behörde.

Russische Truppen, die im vergangenen Monat die Sperrzone um das im Jahr 1986 havarierte Atomkraftwerk Tschernobyl übernommen hatten, haben die Kontrolle wieder an die Ukraine zurückgegeben, teilte die Internationale Atomenergiebehörde am Donnerstag mit. Russland habe die Kontrolle schriftlich an das ukrainische Personal überreicht, schrieb die IAEO in einer Pressemitteilung mit Verweis auf ukrainische Behörden.

Nach Angaben der ukrainischen Seite hätten sich zwei Kolonnen des russischen Militärs in Richtung Weißrussland zurückgezogen. Eine weitere Kolonne habe Slawutytsch verlassen, wo das Personal des Kraftwerks wohnt. Laut ukrainischer Seite sollen sich noch einige russische Soldaten auf dem Gelände des Kernkraftwerks aufhalten, doch sie seien im Begriff, es zu verlassen.

Die Behörde fügte hinzu, dass sie nicht in der Lage war, Berichte zu bestätigen, wonach russische Streitkräfte während ihres Aufenthalts in der Sperrzone von Tschernobyl einer hohen Strahlenbelastung ausgesetzt waren.

IAEO-Chef Rafael Grossi war diese Woche in die Ukraine gereist, um technische Hilfsleistungen für die Betriebssicherheit von Atomanlagen im Land vorzubereiten. Am Donnerstag traf er zu Gesprächen mit russischen Spitzenbeamten in Kaliningrad ein. Am Vortag hatte er nach eigenen Angaben auch das Kernkraftwerk Süd-Ukraine im Gebiet Nikolajew besucht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246bbbb48fbef57f23d0b5d.jpg>

12:46 (11:46) ria.ru: **Der ungarische Premierminister erklärte die Unmöglichkeit, russische Energieressourcen aufzugeben**

Ungarn habe nicht die Absicht, auf die Energie aus Russland zu verzichten, weil sie eine Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft des Landes sei. Es werde nicht helfen, sich „einfach einen Pullover überzuziehen“, wie es im Westen vorgeschlagen werde, sagte der ungarische Premierminister Viktor Orban.

"Es geht nicht darum, dass wir uns einen Pullover anziehen, die Heizung ein bisschen weniger aufdrehen, wie manche im Westen denken, oder ein paar Forint mehr für Benzin und an Tankstellen bezahlen. Sondern der Punkt ist, wenn die Energie nicht aus Russland kommt, dann gibt es keine Energie in Ungarn ... Das ist eine Frage des Funktionierens oder Nichtfunktionierens der Wirtschaft“, sagte Orban im ungarischen Radio Kossuth.

Ihm zufolge haben viele Länder in Europa keinen Zugang zum Meer, "und das ist nicht ihre Wahl", daher sei es unrealistisch, russisches Gas durch LNG zu ersetzen, das auf dem Seeweg, beispielsweise aus den USA, geliefert werde.

"Es passt nicht zu uns, dass wir stellen billige russische Energie abstellen und stattdessen wird teures amerikanisches Gas importieren. Das ist an sich eine tolle Idee, aber ich weiß nicht, wie es nach Ungarn kommen soll, dieses verflüssigte Erdgas, das per Schiff auf dem Seeweg transportiert wird, das halte ich für absurd", sagte Orban.

Zuvor sagte Orban, Ungarn sei gegen die Verhängung antirussischer Sanktionen gegen Energieressourcen, da dies zu einer Verlangsamung führen und die ungarische Wirtschaft in kürzester Zeit stoppen würde. Der polnische Präsident Andrzej Duda warnte, Ungarns mangelnde Bereitschaft, russische Energiequellen aufzugeben, würde es teuer zu stehen kommen.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation, Alexander Nowak, bemerkte zuvor, dass es für den Markt negativ sei, nur über die Ablehnung Europas gegenüber russischem Öl zu diskutieren, denn er reagiere sofort darauf. Seiner Meinung nach wird die Weltwirtschaft ohne russisches Öl und Gas zusammenbrechen, und die Preise werden unberechenbar sein. Der Verzicht auf russisches Öl und Gas werde kolossale Folgen für die europäische und die Weltwirtschaft haben, sagte Dmitry Biritschewskij, Direktor der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums. Ihm zufolge ist Europa sehr abhängig von russischem Gas und Öl. Selbst wenn es zu Totaleinsparungen übergehe, Lieferanten in anderen Regionen der Welt finde und auf erneuerbare Energiequellen umsteige, könnten „im Idealfall“ nur 80 Prozent der Energieressourcen ersetzt werden, betonte er, in der Realität sogar weniger.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/151329/73/1513297314\\_0:158:3083:1892\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_de699e548d77cd962656e247611597e7.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/151329/73/1513297314_0:158:3083:1892_1280x0_80_0_0_de699e548d77cd962656e247611597e7.jpg)

### **nachmittags:**

#### **12:00 de.rt.com: Russischer Menschenrechtsbeauftragter: Ukraine-Kriegsberichterstattung westlicher Medien ist Teil einer Militäroperation**

Angesichts kursierender Desinformationen über die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine hat der russische Menschenrechtsbeauftragte Waleri Fadejew die Menschen zur Achtsamkeit im Internet aufgefordert. "Ich kann den Leuten nur raten, sehr vorsichtig mit den Informationen zu sein, die sie in sozialen Netzwerken erhalten. Besonders zu den Informationen, die sie posten. Es wird gekämpft. Wir befinden uns in einem totalen Informationskrieg", mahnte Fadejew am Freitag in einem Interview mit der russischen Zeitung Iswestija.

Die Menschen sollten jede Information aufs Genaueste überprüfen. Jedoch sei die überwiegende Mehrheit der Leute dabei zu verstehen, dass "Informationen aus dem Westen ein Element der Informationskriegsführung sind". "Die meisten verstehen das", erklärte Fadejew.

Unter der russischen Bevölkerung herrschte lange Zeit der Irrglaube, westliche Medien seien "ein Beispiel für eine vorbildliche Ausübung des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit". Jedoch sei dies selbst vor einigen Jahrzehnten nicht ganz richtig gewesen, so der Menschenrechtsbeauftragte weiter:

"Und was wir jetzt sehen, ist die totale Kontrolle über die westlichen Medien. Dies betrifft insbesondere die Ereignisse in der Ukraine und die Ereignisse in Russland. Bei diesen Themen herrscht absolute Kontrolle. Der Löwenanteil der Informationen im Westen sind Desinformationen. Es ist nur ein Teil einer Militäroperation."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6246c74848fbef603545b979.jpg>

### 12:21 de.rt.com: **USA warnen Indien davor, Russland bei Untergraben des US-Dollars zu helfen**

Ein hochrangiger US-Vertreter hat Indien aufgefordert, seine wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Russland zurückzufahren. Er warnte vor "Konsequenzen" für jede Nation, die Moskau hilft, die jüngste Welle westlicher Sanktionen zu umgehen. Nach einem Treffen mit Vertretern der indischen Regierung am Donnerstag forderte Washingtons stellvertretender nationaler Sicherheitsberater für internationale Wirtschaft Daleep Singh Neu-Delhi auf, die russischen Energieimporte nicht zu erhöhen und Schritte zu vermeiden, die den US-Dollar "untergraben" könnten. Singh erklärte:

"Was wir nicht wollen, ist eine rasche Beschleunigung der indischen Importe aus Russland, was Energieressourcen oder andere Exporte betrifft, die derzeit von den USA verboten sind." Er fügte hinzu, dass die Vereinigten Staaten "sehr daran interessiert sind, dass alle Länder, insbesondere unsere Verbündeten und Partner, keine Mechanismen schaffen, die den Rubel stützen und versuchen, das auf dem US-Dollar basierende Finanzsystem zu untergraben".

Zudem verurteilte der US-Beamte Russlands "unnötigen Krieg gegen die Ukraine" und erklärte, sein Besuch in Indien sei "im Geiste der Freundschaft erfolgt, um die Mechanismen unserer Sanktionen zu erläutern". Er warnte jedoch, dass es "Konsequenzen für Länder geben wird, die aktiv versuchen, diese Sanktionen zu umgehen oder zu unterlaufen".

Auf die Frage, wie diese Konsequenzen aussehen könnten, lehnte der Berater die Erläuterung weiterer Details ab und erklärte, dass dies Teil privater Diskussionen sei, die er nicht öffentlich machen werde".

Singhs Äußerungen folgten auf Berichte, wonach Moskau und Neu-Delhi derzeit ein Rupien-Rubel-Zahlungssystem ausarbeiten, das es beiden Ländern ermöglichen würde, den bilateralen Handel in der Währung des jeweils anderen Landes abzuwickeln. Indien hat sich außerdem vor kurzem bereit erklärt, eine bestimmte Menge Rohöl aus Russland zu einem vergünstigten Preis zu kaufen. Diese Entscheidung ist in Washington und dessen Verbündeten nicht gut angekommen, da man derzeit eine Sanktionskampagne gegen Moskau führt, um die russische Wirtschaft zu isolieren und den Rubel zu schwächen.

Am Donnerstag besuchte der russische Außenminister Sergei Lawrow die indische Hauptstadt, zeitgleich mit den offiziellen Treffen Singhs und der britischen Außenministerin Liz Truss mit indischen Beamten.

Obwohl US-amerikanische, australische und britische Beamte die Weigerung Indiens kritisiert

haben, sich den Sanktionen anzuschließen, betonte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, dass Washington nicht versuche, die Beziehungen eines Landes zur Russischen Föderation zu ändern, und hob dabei insbesondere Indien hervor.

Washington wolle alles in seiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass "die internationale Gemeinschaft im Einklang miteinander spricht", fügte Price in einem Kommentar zu Lawrows Reise hinzu.

Singh, der auch als "Architekt" des US-Sanktionsregimes gegen Moskau bezeichnet wird, verwies auf die wachsenden Beziehungen zwischen Russland und China und warnte davor, dass deren Partnerschaft erhebliche Folgen für Indien haben könnte, das seit langem in einen Territorialstreit mit Peking entlang der chinesisch-indischen Grenze verwickelt ist. Er hob hervor:

"Wenn man dem die Tatsache gegenüberstellt, dass China und Russland jetzt eine grenzenlose Partnerschaft erklärt haben und dass Russland China zu seinem wichtigsten strategischen Partner erklärt hat, hat das reale Auswirkungen auf Indien."

Der US-Beamte versuchte Neu-Delhi gegen Moskau auszuspielen, indem er behauptete, dass Moskau im Falle eines chinesischen Übergriffs nicht "zu Indiens Verteidigung kommen" würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62469a7448fbef57ba1e1cd4.jpg>

*Der stellvertretende nationale US-Sicherheitsberater für internationale Wirtschaft Daleep Singh.*

### 12:40 de.rt.com: **Internationales Doku-Filmfestival Artdocfest wird nicht in Russland stattfinden**

Das internationale Dokumentarfilmfestival Artdocfest wird nicht in Russland stattfinden. Dies erklärte Witali Manski, Präsident des Festivals, Produzent und Dokumentarfilmregisseur. In den sozialen Medien schrieb er:

"Artdocfest ist in Russland geschlossen."

Eine offizielle Erklärung der Festivalleitung soll im Laufe des Freitags veröffentlicht werden. Am 31. März wurde die Eröffnung von Artdocfest im Moskauer Kino "Oktjabr" gestört. Das Kino wurde wegen einer Bombendrohung geschlossen und Manski wurde mit Farbe übergossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246d155b480cc556737da08.jpg>

### 13:17 de.rt.com: **Gazprom beendet Beteiligung an deutscher Tochter Gazprom Germania**

Der Gazprom-Konzern hat mitgeteilt, dass die deutsche Gazprom Germania GmbH nicht mehr zum Konzern gehört. Alle Tochtergesellschaften von Gazprom haben ihre Beteiligungen an der deutschen Gesellschaft beendet.

Der russische Gazprom-Konzern stößt offenbar alle Aktiva und Beteiligungen in Deutschland ab. In einer am Freitag veröffentlichten Mitteilung der Geschäftsführung des russischen Gazprom-Konzerns heißt es:

"Am 31. März beendete die Gazprom-Gruppe ihre Beteiligung an der Gazprom Germania GmbH und an allen in ihrem Besitz befindlichen Vermögenswerten, einschließlich der Gazprom Marketing & Trading Ltd."

Damit hat die Gazprom Germania GmbH, eine Holdinggesellschaft für Gashandel und Logistik, die Gazprom-Gruppe verlassen.

In der Mitteilung des Emittenten heißt es: "Am 31. März 2022 haben Tochtergesellschaften der PJSC Gazprom ihre Beteiligung an der Gazprom Export Business Services LLC gekündigt, die alleiniger Gesellschafter der GAZPROM Germania GmbH ist".

Es handelt sich dabei um eine formalisierte Pflichtmitteilung nach russischem Aktienrecht. Einzelheiten dazu, ob, an wen und zu welchem Preis die Anteile an der deutschen Tochtergesellschaft veräußert wurden, sind darin nicht bekanntgegeben. Offensichtlich ist die Gazprom Germania GmbH nach wie vor in Eigentum der Alleingesellschafterin der zwischengeschalteten Gazprom Export Business Services LLC. Anteile an letzterer gehören ab dem 31.03.22 jedoch weder dem Gazprom-Konzern noch deren Tochtergesellschaften.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246e561b480cc58957e4f32.jpg>

13:20 de.rt.com: **Peskow: Frühjahrs-Einberufung hat nichts mit Ukraine-Operation zu tun**

Russische Soldaten des Wehrdienstes seien nicht an der Sonderoperation in der Ukraine beteiligt. Dies bestätigte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow am Freitag. Gegenüber Reportern erklärte der Kreml-Sprecher:

"Was die neue Einberufung betrifft, so haben wir bereits die Erklärung unseres Militärs gehört, dass sie in keiner Weise etwas mit der militärischen Sonderoperation in der Ukraine zu tun haben können. Soldaten des Wehrdienstes werden nicht dorthin geschickt, werden nicht eingezogen und sind in keiner Weise an der Operation beteiligt."

dan-news.info: „Jeden Tag erhalten wir Informationen über neue Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Wenn friedliche Bürger erschossen werden, die versuchen evakuiert zu werden“, erklärte der Oberhaupt der DVR Denis Puschilin. „Wir wollen nicht, dass diese Liste mit Geschichten aus Kramatorsk und Slawjansk gefüllt wird, wo Nationalisten bereits Dämme und Objekte der kritisch wichtigen Infrastruktur vermint haben. Wir rufen die Einwohner der noch nicht befreiten Städte auf, sie zu verlassen, solange sich noch keine Spereinheiten der Nazis in ihnen befinden.“

14:34 (13:34) ria.ru: **Titow schlug vor, zur staatlichen Regulierung der Stromtarife zurückzukehren**

Der Beauftragte des Präsidenten der Russischen Föderation für den Schutz der Rechte von Unternehmern, Boris Titow, hält es für sinnvoll, im Rahmen der Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft in Russland zur staatlichen Regulierung der Stromtarife zurückzukehren.

„Zuerst müssen wir die Tarife ... für einige Zeit einfrieren und während dieser Zeit ein Schema entwickeln, nach dem wir an Tarifen arbeiten müssen, die der staatlichen Regulierung unterliegen, d.h. gemäß staatlichen Tarifen ... Dies geschieht immer noch in der Gasindustrie ... Es ist notwendig, im Hinblick auf die staatliche Regulierung der Tarife zur Elektrizität zurückzukehren“, sagte er auf dem Wirtschaftsforum "Petersburg Partneriat" online.

Laut Titow wurde der Tariffestsetzung in diesem Bereich in letzter Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt, was zu einer „Quasi-Marktsituation“ führt, wenn Stromtarife an Versorgungsunternehmen, natürliche Monopole und Regionen „gefarmt“ werden.

„Hier muss man einen Schritt zurücktreten ... wenn der Staat (Zölle) regulieren muss, wenn es keinen echten Wettbewerb auf dem Markt gibt“, sagte er.

Der Wirtschaftsombudsman erinnerte daran, dass die russische Regierung bereits im Herbst 2013 beschlossen hatte, die Zölle natürlicher Monopole einzufrieren.

Zuvor, am 1. Februar, berichtete der Pressedienst der Partei Gerechtes Russland – Für die Wahrheit (SRZP), dass die Abgeordneten der Staatsduma einen Gesetzentwurf vorgelegt hätten, um die Tarife der natürlichen Monopole bis Ende 2022 einzufrieren. Dies wird vorgeschlagen, um die Preise und die Wirtschaftslage im Land zu stabilisieren, da laut dem Vorsitzenden der SRZP, Sergej Mironow, die wachsenden Zölle der natürlichen Monopole „Investitionen behindern und die Industrie töten“.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/1c/1775581098\\_0:0:3007:1692\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_3583307a43e3a20d1c7052077215797d.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/1c/1775581098_0:0:3007:1692_1280x0_80_0_0_3583307a43e3a20d1c7052077215797d.jpg)

13:40 de.rt.com: **Kiew macht klar: Ukraine wird Genfer Konvention nicht einhalten**

Die Ukraine habe Großbritannien mitgeteilt, dass sie nicht beabsichtige, die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen einzuhalten. Dies berichtet der russische Auslandsgeheimdienst SWR.

Nach Angaben des russischen Auslandsgeheimdienstes sollen die Behörden vieler westlicher Länder über die groben Verstöße Kiews gegen das humanitäre Völkerrecht informiert worden sein und versuchen, dem Land zu helfen, sich vor der Verantwortung zu drücken.

Dem SWR liegen Informationen vor, wonach "die ukrainischen Behörden westliche Schirmherren überreden", das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und Nichtregierungsorganisationen zu veranlassen, auf Versuche zu verzichten, Zugang zu russischen Kriegsgefangenen zu erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246dbadb480cc6e0c506844.jpg>

14:50 (13:50) ria.ru: **Der Kreml äußerte sich zum Brand des Öldepots in Belgorod nach dem Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine**

Peskow sagte, dass der Luftangriff der Streitkräfte der Ukraine auf das Öldepot in Belgorod den Verhandlungen mit Kiew nicht fördere

Die Strafverfolgungsbehörden sollten eine Bewertung der Ereignisse vom Freitag in Belgorod abgeben, aber was passiert ist, könne nicht als Schaffung bequemer Bedingungen für die Fortsetzung der Verhandlungen über die Situation in der Ukraine angesehen werden, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.

Der Brand in einem Öllager in Belgorod am Freitagmorgen wurde vom Gouverneur der Region, Wyatscheslaw Gladkow, gemeldet: Ursache des Vorfalls war nach seinen Angaben ein Angriff zweier ukrainischer Hubschrauber, die in geringer Höhe in den russischen Luftraum eingedrungen waren. Der Bürgermeister von Belgorod und ein Vertreter von Rosneft stellten fest, dass es bei dem Brand keine Opfer gegeben habe.

"Es steht uns in der Präsidentschaftsverwaltung nicht zu, irgendwelche Bewertungen abzugeben. Dies sollte immer noch von Fachleuten vorgenommen werden. Die Überlegenheit (Russlands - Anm. d. Red.) in der Luft während der Operation ist eine absolute Tatsache. Schließlich sollten Bewertungen abgegeben werden." nicht von uns, sondern von unseren Strafverfolgungsbehörden", sagte Peskow auf eine Frage von Journalisten.

„Sicherlich ist dies nicht etwas, das als angenehme Bedingungen für die Fortsetzung der Verhandlungen angesehen werden kann“, fügte der Pressesprecher des russischen Präsidenten hinzu.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/01/1781215591\\_0:258:3071:1985\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_e4cebd05854df62179ec56312d252699.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/01/1781215591_0:258:3071:1985_1280x0_80_0_0_e4cebd05854df62179ec56312d252699.jpg)

#### 14:40 de.rt.com: **Berichte: Bundesregierung hat Ukraine offenbar 58 Schützenpanzer geliefert**

Das Bundesverteidigungsministerium hat offenbar nachträglich eine bereits erfolgte Lieferung von Kampfpanzern aus DDR-Beständen an die Ukraine genehmigt. Dies berichtet die Zeitung Welt am Sonntag unter Berufung auf einen Sprecher des Ministeriums. Bei den gelieferten Fahrzeugen soll es sich dem Welt am Sonntag-Bericht zufolge um 58 Panzerkampfwagen vom Typ "PbV-501" (schwedische Bezeichnung für den [BMP-1](#)) handeln, die ursprünglich aus den Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR stammen.

Nach der Wiedervereinigung gelangten die Schützenpanzer in den Besitz der Bundeswehr, die diese Ende der 1990er-Jahre zunächst an die schwedische Armee abgab. Schweden verkaufte die Panzer an eine tschechische Firma, die sie ihrerseits nun an die ukrainische Armee verkaufen will. Hierfür war jedoch eine Genehmigung Deutschlands erforderlich. Diese ist jetzt erfolgt, wie ein Sprecher des Verteidigungsministeriums Welt am Sonntag bestätigte. Die tschechische Firma habe die gleichen Schützenpanzer bereits 2019 an die Ukraine verkaufen wollen. Demnach soll diese damals einen formellen Antrag an die Bundesregierung gestellt haben, der von der Bundesregierung mit Verweis auf die "Endverbleibsklausel" jedoch abgelehnt wurde.



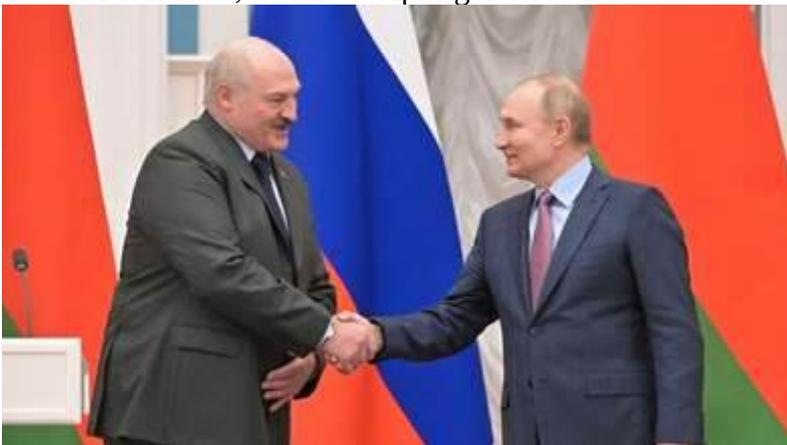
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6246e54eb480cc59d87a428b.jpg>

15:00 de.rt.com: **Lukaschenko unterstützt erneut im Gespräch mit Putin Russlands Vorgehen in Ukraine**

Der russische Präsident Wladimir Putin und der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko haben in einem Telefongespräch den Verlauf der Sonderoperation in der Ukraine erörtert, wobei der Staatschef der Republik die Maßnahmen Moskaus wieder unterstützt hat. Dies teilte der Pressedienst des Kremls am Freitag mit:

"Wladimir Putin informierte über die Entwicklungen der militärischen Sonderoperation zum Schutz des Donbass und bewertete die laufenden Verhandlungen zwischen russischen und ukrainischen Vertretern. Alexander Lukaschenko bekräftigte seine Unterstützung für das Vorgehen der Russischen Föderation."

Beide Seiten übermittelten auch herzliche Glückwünsche zum bevorstehenden Tag der Einheit der beiden Länder, der am 2. April gefeiert wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246eb1548fbef603545b9b6.jpg>

15:33 de.rt.com: **Medienbericht: EU will China wegen möglicher Unterstützung Russlands unter Druck setzen**

Nach Angaben von The Guardian will die EU während des Online-Gipfels am Freitag klarstellen, dass China einen großen Preis bezahlen wird, falls es Russland militärisch oder finanziell unterstützt. Peking will aber an seinem gemäßigten Kurs festhalten.

Unter Berufung auf Quellen unter hohen EU-Diplomaten hat die Zeitung The Guardian berichtet, Brüssel wolle auf dem Online-Gipfel zu den Herausforderungen des Ukraine-Krieges am Freitag gegenüber China klarstellen, dass eine mögliche Unterstützung Moskaus

einen hohen Preis kosten werde. Eine der Quellen wurde wie folgt zitiert:

"Die Botschaft sollte klar sein: Jegliche militärische oder finanzielle Hilfe Chinas für Russland, auch beim Umgang von Sanktionen, wird schwerwiegende Folgen für die Beziehungen zwischen der EU und China haben."

Ein weiterer Diplomat soll The Guardian erklärt haben, der Gipfel und seine Ergebnisse würden das Verhältnis zwischen Brüssel und Peking in den kommenden Jahren bestimmen: "Die EU wird das nicht auf die leichte Schulter nehmen, wenn China Russland offen unterstützt."

Ein weiterer Gesprächspartner der Zeitung merkte an, dass unter einer Unterstützung nicht nur rein militärische Hilfe wie Waffenlieferungen, sondern auch Hilfe zur Milderung der Effekte westlicher Sanktionen gemeint sind.

Im Vorfeld des Gipfels trat EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen ebenfalls mit einer diesbezüglichen Botschaft hervor. Sie unterstrich, kein EU-Bürger werde dafür Verständnis haben, falls China Russland Unterstützung leiste. Der Politikerin zufolge würde dies einen ernststen Schaden der Reputation Chinas in Europa bedeuten.

Zuvor hatte The Washington Post unter Berufung auf Quellen berichtet, China wolle beim Gipfel an seinem gemäßigten Kurs in Bezug auf den Ukraine-Krieg festhalten. Außerdem wolle China seine Besorgnis bezüglich der NATO-Erweiterung in Europa zum Ausdruck zu bringen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246e04ab480cc58957e4f28.jpg>

#### 16:57 (15:57) ria.ru: **Medien: Deutschland hat einige russische Metalle aus der Sanktionsliste genommen**

Die Bundesregierung hat von der EU den Ausschluss bestimmter von der deutschen Industrie benötigter Metalle aus der Sanktionsliste gegen Russland erwirkt, berichtet „Das Erste“. Deutschland habe sich Mitte März in vertraulichen Gesprächen mit der EU erfolgreich dafür eingesetzt, dass bestimmte Metalle, die von russischen Staatsunternehmen geliefert werden, nicht in einen Entwurf einer Liste neuer Sanktionen gegen Russland aufgenommen werden. Nach Angaben des Fernsehsenders betreffen die Beschränkungen nicht die Lieferung von Nickel, Palladium, Kupfer, Eisenerz, Aluminium und Titan. Das Verbot ihrer Einfuhr würde Wirtschaft Deutschlands bis zur Schließung ganzer Industriezweige beeinträchtigen. Der Sender weist darauf hin, dass Deutschland zusammen mit Österreich, Ungarn und Italien Teil einer Gruppe von Ländern sei, die zögerten, die antirussischen Sanktionen zu verschärfen. ...



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/09/14/1751020194\\_0:431:2569:1876\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_fa08a08313b6817c8922d7e6e93faf95.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/09/14/1751020194_0:431:2569:1876_1280x0_80_0_0_fa08a08313b6817c8922d7e6e93faf95.jpg)

16:00 de.rt.com: **Peskow: Zahlungen in Rubel für russisches Gas könnten auch wieder zurückgenommen werden**

Wie TASS meldet, hat der Kreml heute die Möglichkeit eingeräumt, die Zahlungen für Gas in Rubel abzuschaffen, wenn "andere Bedingungen" eintreten sollten. Gleichzeitig sei der Rubel unter den gegenwärtigen Umständen die beste und zuverlässigste Option für Russland, so der Präidentensprecher Dmitri Peskow.

Der Kreml-Vertreter wurde auch nach den Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Donnerstag gefragt. Am Vortag hatte der Staatschef darauf hingewiesen, dass die europäischen Länder einen Teil ihres Gases von Russland kostenlos erhalten, weil sie "in Euro bezahlt haben, den sie dann selbst eingefroren haben".

Peskow wurde gefragt, ob das Dekret über die Bezahlung von Gas in Rubel auch für bereits gelieferte Ressourcen gelten könnte. "Nein, das ist natürlich nicht rückwirkend", erklärte der Präidentensprecher.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246fce2b480cc5978379737.jpg>

16:20 de.rt.com: **Kiew will Beteiligung an Luftangriff auf Belgorod weder bestätigen noch dementieren**

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat sich geweigert, seine Beteiligung an dem Luftangriff auf ein Öldepot in der russischen Stadt Belgorod zu bestätigen oder zu dementieren. Auf eine Anfrage nach einem Kommentar bezüglich des Einsatzes der ukrainischen Hubschrauber beim Anschlag räumte der Sprecher der Behörde Alexander

Motusjanik ein:

"Wir werden dies weder bestätigen noch dementieren."

Am frühen Freitagmorgen war in einem Öldepot in Belgorod Feuer ausgebrochen. Nach Angaben des Regionsleiters soll es durch einen Angriff zweier ukrainischer Hubschrauber ausgelöst worden sein, die in niedriger Höhe in den russischen Luftraum eingedrungen seien. Wie die Rettungsdienste gegenüber RIA Nowosti mitteilten, würden acht Treibstofftanks brennen, und es bestehe die Gefahr, dass das Feuer auf weitere Tanks übergreifen könnte. Der Bürgermeister von Belgorod und ein Rosneft-Vertreter erklärten, dass es bei dem Brand keine Verletzten gegeben habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62470a7948fbef57ba1e1d5f.jpg>

16:32 de.rt.com: **China: Dialog und Verhandlungen einzige Lösung für Ukraine-Konflikt**  
Chinas Außenminister konkretisierte die chinesische Position im Ukraine-Konflikt anhand von fünf Merkmalen. China fördere Friedensgespräche, trete für die UN-Charta ein, wolle Blockkonfrontation vermeiden, lehne einseitige Sanktionen ab und strebe zudem nach Frieden und Stabilität in Ostasien.

Chinas Außenminister Wang Yi hat am Donnerstag auf einer Pressekonferenz erklärt, dass Dialog und Verhandlungen die einzigen Lösungen für die Ukraine-Krise seien, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte. Chinas Spitzendiplomat äußerte dies nach einem Gipfeltreffen mit dem Außenminister Afghanistans und seiner Nachbarländer in Tunxi in der ostchinesischen Provinz Anhui. Wang sagte:

"Ich habe in den letzten Tagen einen intensiven und ausführlichen Austausch mit meinen Amtskollegen über die Ukraine geführt. Alle Parteien brachten ihr Verständnis für Chinas Position zum Ausdruck und äußerten sich positiv über Chinas Rolle."

China stehe für Frieden, Dialog und gerechten Umgang mit allen Krisen. Zudem möchte Peking bei der Bewältigung aller Herausforderungen eine verantwortungsvolle und konstruktive Rolle zu spielen.

Wang konkretisierte die chinesische Haltung im Ukraine-Konflikt anhand von fünf Schlüsselpunkten.

Erstens halte China an der Richtung zur Förderung von Friedensgesprächen fest. Außerdem seien für China Dialog und Verhandlungen die einzigen möglichen Lösungswege. Zudem weigere sich Peking, Öl ins Feuer zu gießen und den Konflikt zu verschärfen. Die Volksrepublik fordere einen Waffenstillstand und unterstütze direkte Gespräche zwischen den Konfliktparteien in der Ukraine.

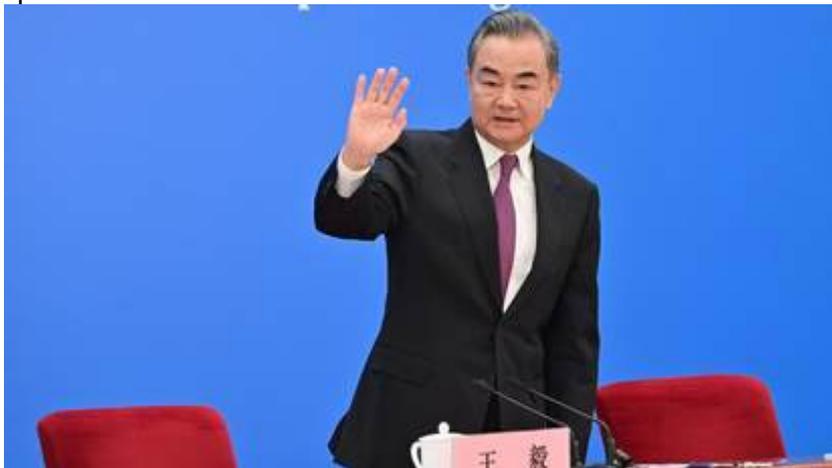
Zweitens trete China für die grundlegenden Normen für die internationalen Beziehungen ein. Es verteidige die Achtung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta sowie der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder.

Drittens wolle China eine Rückkehr zur Mentalität des Kalten Krieges verhindern. Peking lehne die Lagerkonfrontation ab, in der Länder gezwungen werden, sich als Freunde oder Feinde einzuordnen. Stattdessen setze sich China für die Förderung der internationalen Solidarität ein und befürworte eine gemeinsame, kooperative, umfassende und nachhaltige Sicherheit, wobei die legitimen Anliegen aller Parteien respektiert und berücksichtigt werden müssten.

Viertens unterstütze China die Wahrung der legitimen Rechte und Interessen aller Länder. China lehne einseitige Sanktionen ab, da sie völkerrechtlich illegitim seien. Die Volksrepublik trete zudem für den Schutz der internationalen Industrie- und Lieferketten ein, um den normalen Wirtschafts- und Handelsaustausch und das Leben der Menschen nicht zu beeinträchtigen.

Fünftens strebe China danach, den Frieden und die Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region zu konsolidieren. Die chinesische Regierung bekenne sich zu einer Politik der Freundschaft, der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Nutzens. Wang äußerte die Besorgnis Pekings darüber, dass die Vereinigten Staaten die indo-pazifische Strategie dazu nutzen würden, eine Blockkonfrontation in der Region anzustiften. Die Volksrepublik strebe danach, die regionale Integration und Zusammenarbeit zu beschleunigen und die hart erkämpfte Entwicklungsdynamik zu bewahren.

Chinas Spitzendiplomat betonte zum Schluss erneut den Willen Chinas als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um eine konstruktive Rolle bei der Förderung von Friedensgesprächen und der Sicherung des Friedens im Einklang mit dem Willen der betroffenen Parteien in der Ukraine-Krise zu spielen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246c7f048fbef603545b97d.jpg>

### 17:20 de.rt.com: **Russische Unternehmen können ausländische Gläubiger für Flugzeuge in Rubel bezahlen**

Die Agentur RIA Nowosti meldet, dass Präsident Putin ein Dekret unterzeichnet habe, wonach für den Kauf und das Leasing von ausländischen Flugzeugen die Zahlungen in Rubel konvertiert werden können.

Wladimir Putin unterzeichnete ein Dekret "über die vorübergehende Anordnung der Erfüllung finanzieller Verpflichtungen im Bereich des Verkehrs gegenüber ausländischen Gläubigern". Der Erlass bezieht sich auf Zahlungen für Kauf, Leasing und Miete von Flugzeugen, Hilfstriebwerken und Flugzeugtriebwerken.

Aus dem Dokument geht hervor, dass Verbindlichkeiten gegenüber natürlichen und juristischen Personen, die mit sogenannten unfreundlichen Staaten verbunden sind, in Rubel auf Konten bei russischen Banken eingezahlt werden können. Der Betrag wird auf der Grundlage des offiziellen Wechselkurses der Zentralbank am Tag der Zahlung berechnet. Darüber hinaus wurde der Regierung das Recht eingeräumt, ein anderes Verfahren für die

Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern zu bestimmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624714d2b480cc59d87a42c4.jpg>

### 18:34 (17:34 ria.ru: **Russland hat von den Vereinigten Staaten keine Klarstellungen zu Biowaffen in der Ukraine erhalten**

Russland habe von den Vereinigten Staaten noch keine Aufklärung über ihre militärbiologischen Aktivitäten in der Ukraine erhalten, sagte Dmitri Poljanskij, erster stellvertretender Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen.

„Die ganze Zeit haben wir von den Vereinigten Staaten Erklärungen über die wahre Natur ihrer biologischen Aktivitäten in der Ukraine und Erklärungen zu den erwähnten Dokumenten (Beweis des russischen Verteidigungsministeriums – Anm. d. Red.) ersucht“, sagte Poljanskij gegenüber Reportern.

Ihm zufolge bat die Russische Föderation insbesondere darum zu erklären, warum das Außenministerium weiterhin darauf bestehe, dass die Vereinigten Staaten nicht mit Laboratorien in der Ukraine zusammenarbeiten, obwohl es dokumentierte Beweise dafür gebe, dass das Pentagon sie direkt kontrolliert.

„Die große Frage ist, warum das Pentagon so stark in biologische Projekte in der Ukraine involviert ist. Wir haben noch keine Antworten erhalten“, sagte der Diplomat.

Demnach weigerten sich die Vereinigten Staaten, Kommentare zu den vorgelegten Beweisen abzugeben, und nannten sie russische Desinformation.

Darüber hinaus werde Russland dem UN-Sicherheitsrat am Freitag einen weiteren Brief mit Beweisen für militärisch-biologische Aktivitäten der USA in der Ukraine vorlegen, sagte Dmitri Poljanskij gegenüber Reportern.

Er stellte fest, dass Russland bereits zuvor zwei ähnliche Dokumente im Sicherheitsrat verteilt hatte.

"Heute wird es einen neuen Brief geben (mit Beweisen des RF-Verteidigungsministeriums - Red.). Ich empfehle jedem, diese Materialien zu studieren", sagte Poljanskij.

Am 6. April werde Russland ein informelles Treffen des UN-Sicherheitsrates zum Thema militärisch-biologische Aktivitäten in der Ukraine und auf der ganzen Welt abhalten, erklärte Dmitri Poljanskij.

„Wir werden am 6. April um 10.00 Uhr (17.00 Uhr Moskauer Zeit) ein informelles Treffen des UN-Sicherheitsrates nach der ‚Arria-Formel‘ abhalten, um das Thema der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch militärisch-biologische Aktivitäten in Regionen rund um die Welt zu behandeln. Der Maßstab wird also etwas größer sein als nur die Ukraine“, sagte Poljanskij.

Ihm zufolge sollen Experten für biologische Waffen zu Wort kommen.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/08/1777144882\\_0:0:2974:1674\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_270a2a315e41c3278bbc51d9c091d614.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/08/1777144882_0:0:2974:1674_1280x0_80_0_0_270a2a315e41c3278bbc51d9c091d614.jpg)

### 17:40 de.rt.com: **Russischer Kriegsberichterstatter bestätigt russischen Abzug aus der Region Kiew**

Der in Russland namhafte Korrespondent und Kriegsberichterstatter Alexander Kots hat am Freitag den Abzug der russischen Truppen aus der Kiewer Region bestätigt. In seinem Telegram-Kanal schrieb der Reporter:

"Wir ziehen uns von Kiew zurück.

Es hat lange gedauert, bis ich mich an diesen Beitrag herangetraut habe. Zunächst einmal, weil es bestimmte Regeln für die Verbreitung von Informationen während der Feindseligkeiten gibt. Dann, weil ich keine Antworten auf die Fragen meiner Abonnenten finden konnte. Fragen, die auch ich mir stelle.

Als Fotos von ukrainischen Flaggen dort auftauchten, wo wir noch vor wenigen Tagen waren, war es sinnlos, das Offensichtliche zu leugnen. Wir ziehen uns aus der Umgebung Kiews zurück. Wir ziehen unsere Einheiten 'hinter das Band' zurück. Ich bin kein Politiker oder General, ich habe nicht das ganze Bild vor Augen. Ich weiß nicht, warum diese Entscheidung getroffen wurde."

Am Schluss seiner Mitteilung bittet Kots seine Leser, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

"Der Krieg beginnt erst. Manöverkritik gibt es später."

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 1. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Einrichtung von Mobilfunkbasistationen in Jurjewka und Ursuf abgeschlossen. In Nowotroizkoje wurde die Ausrüstung zur Einrichtung einer Basistation komplettiert.

34.150 Meter Faseroptikmagistrale an der Leitung Donezk – Wolnowacha wurden erneuert. In Staroignatjewka wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Gebäude der Postfiliale durchgeführt.

Das Faseroptikkabel Wolnowacha-Rosowka wurde repariert. In Wolnowacha und Wolodarskoje wurden Telekommunikationsausrüstung und Faseroptikkabel für die Verbindung von Netzen montiert.

**Spezialisten des Gesundheitsministeriums** der DVR haben in den befreiten Ortschaften in den letzten 24 Stunden 221 Menschen qualifizierte medizinische Hilfe geleistet. In Besymennoje, Primorskoje, Krasnoarmejsk, Rosa Luxemburg, Tschermalyk, Olginka,

Blagodatnoje Wladirmowskoje wurde in den Notunterkünften Beratung und medizinische Hilfe geleistet.

**Spezialisten des Verkehrsministeriums** der DVR führen Reparaturarbeiten am Straßenabschnitt Amwrosiejewka-Telmanowo-Mariupol bei Pischtschewik und Oktjabrj durch. Es wurden sieben zusätzliche Busse für die Evakuierung der Bevölkerung von den befreiten Territorien in sichere Gebiete der Republik bereit gestellt. Eine Fahrzeugspur wurde auf der Brücke über den Bach an der Autostraße Welikaja Sowosjolowka – Amwrosiewka im Gebiet von Nowotroizkoje eröffnet.

In Wolnowacha hat die **Donezker Eisenbahn** Schienen, Kabelkanäle und Kontrollkabel an einem Zugumspannwerk und an Oberleitungen an der Strecke Wolnowacha – Karan durchgeführt. Außerdem haben Spezialisten den Transformator des Umspannwerks mit Schmiermaterial versehen und die Gebäude des Lokomotivdepots, des Verwaltungsgebäudes und des Heizwerks repariert.

**Spezialisten des Zivilschutzministeriums** der DVR haben in Mariupol, Wolnowacha, und Mangusch auf dem Gebiet der Stromleitung Telmanowo – Nowoasowsk und der Brücke Nowoasowsk – Olginka 8,76 Hektar Gelände auf dem befreiten Territorium und 11.900 Quadratmeter Gebäude untersucht. 147 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

#### 17:46 de.rt.com: **Indien erlaubt russische Investitionen**

Die indische Führung will Investitionen aus Russland anlocken und hat daher entsprechende Vorkehrungen getroffen, um dies zu koordinieren. Unter anderem wurde dafür ein Konto bei der indischen Zentralbank eingerichtet, über die die Zahlungen laufen sollen.

Neu-Delhi wird es dem von Sanktionen betroffenen Moskau erlauben, auf dem indischen Markt zu investieren und Kredite aufzunehmen. Das berichtete die Economic Times am Donnerstag. Dieser Schritt erfolgt in einer Zeit, in der Länder auf der ganzen Welt wegen des Konflikts in der Ukraine neue Restriktionen gegen Russland verhängen.

Dem Medienbericht zufolge wurde Moskau die Genehmigung erteilt, in indische Unternehmensschuldverschreibungen zu investieren. Außerdem wurde der russischen Seite gestattet, die Investitionen über ein Konto der indischen Zentralbank, der Reserve Bank of India, zu bezahlen. Diese Fonds haben sich Berichten zufolge angesammelt, um Zahlungen

für Verteidigungskäufe aus Russland zu leisten.

Neu-Delhi hat Moskau auch die Genehmigung erteilt, in Schuldpapiere zu investieren. Medienberichten zufolge haben russische Regierungsbeamte ihre indischen Amtskollegen gebeten, den Rahmen für die externe kommerzielle Kreditaufnahme (External Commercial Borrowing) in Indien zu lockern. Dies würde es russischen Unternehmen ermöglichen, in Anleihen indischer Unternehmen, sogenannte Masala-Anleihen, zu investieren und diese Investitionen über ein Konto bei der indischen Zentralbank zu bezahlen. Masala-Anleihen sind auf Rupien lautende Anleihen, die von indischen Unternehmen im Ausland ausgegeben werden. Sie können sowohl von staatlichen als auch von privaten Unternehmen ausgegeben werden.

Russland und Indien arbeiten derzeit an einem Rubel-Rupie-Zahlungsmechanismus, nachdem Moskau seinem Handelspartner die Entwicklung einer Alternative zu SWIFT angeboten hat. Die Vereinbarung zielt darauf ab, den Handel zwischen den beiden Ländern anzukurbeln, indem der auf US-Dollar lautende Handel vermieden wird. Sie würde es Indien ermöglichen, weiterhin russisches Öl, Waffen und andere Waren zu kaufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6246e12c48fbef56df653df1.jpg>

**abends:**

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 1.4.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122-mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Granatwerfern abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 8 Wohnhäuser, ein ziviles Infrastrukturobjekt und ein Fahrzeug beschädigt.

Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 32 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 Schützenpanzer, 2 120mm-Mörser 2B11 und einen Lastwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und ein Panzerfahrzeug wurden erbeutet.

**4 Soldaten der 25. Luftlandebrigade und 3 Soldaten der 54. mechanisierten Brigade**

**haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

**Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 513 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.**

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in der letzten Woche 34 Verteidiger** der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 141 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werden.

Am 17. März 2022 vernichteten beim Sturm auf Mariupol Feldwebel Alexej Andrejewitsch Pljuchow, Feldwebel Andrej Iwanowitsch Burjak und der Soldat Alexandr Nikolajewitsch Nikolajew, die mit dem gepanzerten Truppentransporter MT-LB Nr. 527 im Rahmen einer Sturmgruppe aktiv waren, Feuerpunkte des Gegners, was die Einnahme eines Zugstützpunktes der Nationalisten und die Herstellung der Kontrolle über den Flughafen von Mariupol beförderte.

Während des Kampfes um den Flughafen nahm die Mannschaft des MT-LB Nr. 527 ein Abwehrgeschütz SU-23-2 des Gegners in funktionsfähigem Zustand ein. Trotz des dichten Feuers und der überlegenen Kräfte der Neonazis gelang es den Feldwebeln Pljuchow und Burjak und dem Soldaten Nikolajew das Abwehrgeschütz SU-23-2 in Richtung der Nationalisten aufzustellen und das Feuer heftig zu erwidern, wodurch zwei Mannschaften von schweren Maschinengewehren und eine Abteilung Personal des Gegners vernichtet wurden.